

(A) **Dr. Hermann Kues**, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Ich glaube, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Aus vielen der Ursachen, die ich eben beschrieben habe, haben wir bereits Konsequenzen gezogen, völlig unabhängig vom Armuts- und Reichtumsbericht. Ich nenne noch einmal das Kernthema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“: Da ist in den letzten Jahren so viel passiert wie seit Jahrzehnten nicht. Das wird ja allgemein anerkannt, egal wo Sie hingehen. Das wird im Prinzip auch von Ihren Parteikollegen anerkannt. Zum einen lässt sich also sagen: Es ist schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht worden.

Auf die anderen Fragen antworte ich: Der Zeitplan ist präzise abgestimmt. Ich habe überhaupt keinen Zweifel, dass er entsprechend abgearbeitet wird.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Da bin ich aber mal gespannt!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Damit ist die dringliche Frage 3 beantwortet.

Ich komme noch einmal auf den Vorgang im Zusammenhang mit der dringlichen Frage 1 zurück. Mir wurde jetzt ein Telefax vorgelegt, das alle Fraktionen erhalten haben, also auch die Fraktionen, die heute den Antrag gestellt haben, den Minister herbeizuzitieren. Darin wird mitgeteilt, dass Herr Minister Schäuble sein Fernbleiben entschuldigt.

(B) Die Fraktion der Grünen wusste also seit gestern, dass der Minister, den sie heute per Überfallbeschluss herbeizitieren wollte, nicht anwesend sein kann.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das ist aber peinlich! – Pfui!)

Ich erbitte eine freundliche Stellungnahme des zuständigen Parlamentarischen Geschäftsführers zu diesem eigentümlichen Vorgang.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich finde es auch eigentümlich, dass Sie hier jemanden zur Stellungnahme im Plenum zitieren. Ich weiß nicht, auf welcher geschäftsordnungsrechtlichen Grundlage Sie das machen. Aber es liegt mir natürlich fern, den Präsidenten hier zu kritisieren, während er die Sitzung leitet, weil sich das nach unserer Geschäftsordnung nicht gehört.

Üblicherweise ist es so, dass die Geschäftsführer der Großen Koalition uns in der Geschäftsführerrunde am Dienstag mitteilen, wer sich für die Plenarsitzungen entschuldigt hat. Das ist uns dann auch präsent. Dass uns gestern auf Arbeitsebene noch ein Fax erreicht hat, ist mir nicht zur Kenntnis gelangt.

(Iris Gleicke [SPD]: Ach, du großer Gott!)

Sonst hätte ich selbstverständlich den Antrag hier nicht gestellt.

In der Sache ging es uns darum – dem Petikum kommt die Bundesregierung jetzt ja auch nach –, dass uns der

Vertreter eines Ressorts, das für Abhörtätigkeit und dergleichen zuständig ist, hier Rede und Antwort steht. Der einzige sachliche Grund, das Bundesfinanzministerium verwalte die Aktien, macht, auch wenn Nicolette Kressl von sehr vielem sehr viel versteht, es nicht zu dem kompetentesten Ressort für die Beantwortung der Frage, die Silke Stokar hier als dringliche Frage eingereicht hat. Wenn jetzt aber Frau Zypries und Herr Bergner uns zu dem Thema Rede und Antwort stehen, ist dem Petikum unserer Fraktion damit Genüge getan.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte meine Rückfrage nur als Überleitung dafür benutzen, dass wir jetzt die dringliche Frage 1 der Kollegin Silke Stokar von Neuforn erneut aufrufen, nachdem wir ihre Beantwortung zurückgestellt hatten.

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts des Umstandes, dass die Deutsche Telekom AG offensichtlich länger als ein Jahr die Verbindungsdaten von Telefonaten ihrer führenden Mitarbeiter mit Journalisten ausgewertet haben soll (Quelle: *Spiegel Online* vom 24. Mai 2008)?

Die Regierung, die ja darüber entscheidet, wer auf eine Frage antwortet, hat nun Gelegenheit, die dringliche Frage zu beantworten.

Kollegin Kressl beginnt, und danach werden entweder Frau Zypries oder Herr Bergner zusätzlich Stellung nehmen.

Nicolette Kressl, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass für die gesamte Bundesregierung klar ist, dass die in dem zitierten Artikel enthaltenen Vorwürfe so schnell wie möglich aufgeklärt werden müssen. Das ist nicht nur ein gemeinsames Interesse der Bundesregierung, sondern es ist auch im Sinne unseres Demokratieverständnisses.

Wir wissen – Sie wahrscheinlich auch –, dass die Deutsche Telekom das dazu Erforderliche unternommen hat. Sie hat die Unterlagen, aus denen sich die Verdachtsmomente ergeben, an die Staatsanwaltschaft übergeben und zugleich selbst eine Kölner Anwaltskanzlei mit einer unabhängigen Untersuchung der Vorfälle beauftragt.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Will noch jemand von der Regierungsbank zusätzlich Stellung nehmen?

(Brigitte Zypries, Bundesministerin: Wenn es noch Nachfragen gibt, ja!)

– Also auf Nachfrage. – Bitte.

Silke Stokar von Neuforn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es reicht nicht aus, dass angesichts dieses ungeheuren Datenschutzskandals des Telekommunikationsunternehmens,